

Bezugspreis:

Wochenblatt, 30. - M. monatl. 10. - M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10. - M. einsech. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Elbgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20. - M. für das übrige Ausland 27. - M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Estland, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Himmel“ und der Beilage „Erziehung und Kampfbilder“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 9. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Internat.-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenblätter...
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstr. 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Zusammenbruch des Völkerbundes?

Wir wiesen bereits darauf hin, daß der Antrag Boliviens auf Revision des Friedensvertrages zwischen Bolivien und Chile eine starke Belastungsprobe für den Völkerbund darstellt. Auch die heftige Kritik des schwedischen Sozialisten Branting an gewissen Gepflogenheiten dieses Instituts diene nicht gerade zur Stärkung des Bundes.

Die kanadische Regierung hatte vorgeschlagen, den Artikel 10 der Völkerbundakte zu streichen, wonach die Mitglieder des Völkerbundes sich gegenseitig ihre territoriale Unverletzlichkeit und ihre gegenseitige politische Unabhängigkeit gewährleisten. Die Kommission für Abänderung des Völkerbundpaktes beschloß demgegenüber jedoch, der Vollversammlung zu empfehlen, den Artikel nicht zu streichen und in der Interpretation lediglich zum Ausdruck zu bringen, daß der wesentliche Zweck des Artikels nicht darin besteht, die territoriale und politische Organisation, wie sie heute besteht, zu verewigen.

Ob man in dieser Frage keinen Schritt vorwärts, so ging man in der Frage des Artikels 18, der eine Eintragung aller von Völkerbundmitgliedern abgeschlossenen Verträge beim Völkerbundsekretariat, widrigenfalls sie ungültig seien, vorsieht, sogar einen Schritt zurück. Dieser Artikel brach mit dem alten System der Geheimverträge und wollte durch seinen Zwang zur offenen Diplomatie den Kriegshebern das Handwerk erschweren.

An der ablehnenden Haltung dem argentinischen Antrag auf Abänderung des Artikels 1 gegenüber wird der Völkerbund, wie die Kommissionsverhandlungen durchblicken lassen, auch in diesem Jahre festhalten. Argentinien hatte beantragt, jeden souveränen Staat auf seinen Antrag ohne weiteres in den Völkerbund aufzunehmen, während Artikel 1 ein umständliches Frage- und Untersuchungsformale vorsieht. Argentinien war infolge der Ablehnung aus dem Völkerbund ausgeschieden. Schon damals bestand bei verschiedenen anderen südamerikanischen Staaten die Neigung, dem Beispiel Argentinien zu folgen.

Genf, 9. September. (W.B.) Den Völkerbundmitgliedern wurde vom Generalsekretariat eine Denkschrift über das Saarbecken zugestellt.

Memel polnisch-litauischer Hafen?

Ueber den Völkerbundvorschlag zur Regelung des polnisch-litauischen Streits wird noch bekannt, daß er Polen, Litauen und das Gebiet von Wilna zu einem Staatenbund zusammenschließt, in den auch das Gebiet von Memel mit eingeschlossen wird. Das Memelland soll einem besonderen Regime unterworfen werden, und obwohl unter litauischer Souveränität, soll es Polen doch vollkommen für alle Arten von Transporten, einschließlich Kriegsmaterial, zur Verfügung stehen. Die litauische Regierung hat nach dem Entwurf das Recht, ihren Sitz in Wilna zu nehmen. Innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten soll die Zustimmung des Einverständnisses der Wilnaer Bevölkerung mit dem Abkommen eingeholt werden. (Und die Bevölkerung von Memelland?)

Wie in Völkerbundkreisen verkantet, besteht indessen keine sehr große Aussicht, daß diese Vorschläge verwirklicht werden, weil nach wie vor auf beiden Seiten die Einigungsaussichten sehr gering sein sollen.

Tschitscherins Antwort.

Aus Paris wird gemeldet, daß Tschitscherins Antwort auf das Ersuchen des Vorsitzenden der Pariser internationalen Kommission zur Unterstützung Russlands Roussens in Paris eingetroffen ist. Die Uebersetzung sei jedoch so schlecht, daß man sie noch nicht vollständig übersehen konnte. Nachrichten der „United Press“ aus Moskau, wo die Note bereits bekanntgeworden sein soll, sagen jedoch, daß die Antwort a b l e n d e ist. Die beantragte Zulassung eines Untersuchungsausschusses wird mit den Worten abgelehnt: „Die

fremde Kontrolle in der verhungerten Zone wäre unerträglich.“ Die Ernennung Roussens zum Vorsitzenden wird eine Beleidigung für Sowjetrußland genannt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Hilfskommission für Frankreich und Japan Sowjetrußland in der Praxis bekämpfen.

„Daily Herald“ meldet die Ankunft der russischen Antwort (die an England, Frankreich, Italien und Japan gerichtet wurde) in London. Auch nach dieser Veröffentlichung zeigt Rußland keine Reue, den Untersuchungsausschuß zuzulassen. Tschitscherin nennt danach den Vorschlag der Roussens-Kommission eine „zynische und augenscheinlich absichtliche Verschleppung durch den Obersten Rat“ und einen „ungeheuerlichen Hohn auf Kosten von Menschen, die Hungers sterben“.

Republik Franken?

München, 9. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Münchener Presse ergeht sich in Kombinationen über die Art des in Berlin angeblich angebahnten Kompromisses. Während die Blätter der Mittelparteien sich eines eingehenden Kommentars enthalten, gefällt sich die „München-Augsburger Abendzeitung“ in Schimpferien der geistigen Väter der Ausgleichsformeln. Sie meint, ihr Gewährsmann müsse schlecht unterrichtet sein, die Zustimmung zu diesem Kompromiß durch die bayerische Regierung sei vollkommen ausgeschlossen. Die bayerische Regierung würde sich damit selbst aufgeben. Schon das Zugeständnis einer milderen Ausübung des bayerischen Ausnahmezustandes sei eine Halbheit, die nach Ansicht des Blattes das schlimmste wäre, was herauskommen könnte. Die Ortsgruppe München der Deutschnationalen Volkspartei erklärt einen Aufruf, in dem sie ein Nachgeben gegen Berlin für verderblich erklärt und die bayerische Regierung auffordert, stark zu bleiben. Das Gespenst einer nordbayerischen Republik scheint die bürgerliche Presse Bayerns gewaltig zu schrecken. Der Aufruf des Nürnberger „Fränkischen Kuriers“ zur Bildung einer bürgerlichen Abwehrfront gegen die „Republik Franken“ wird in allen Blättern mit blutünstigen Drohungen gegen den Hochoerrat abgedruckt, so von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ unter dem Titel „Das Spiel mit dem Feuer“.

Die gestrige Verammlung der U.S.P., in welcher der Hauptredner des Abends die Errichtung einer von Ruhr-Bayern unabhängigen nordbayerischen Republik in Aussicht stellte, hat zu den ausführlichsten Kommentaren Anlaß gegeben. Ein Blatt verhöhnt die nordbayerischen Genossen sogar mit der Ankündigung eines nordbayerischen Präsidenten.

Bayerische Koalitionsgegnossen.

In den „Blättern der Bayerischen Mittelpartei“ — so nennen sich die Deutschnationalen in Bayern — findet sich folgende liebevolle Betrachtung über die linken Koalitionsbrüder der Ruhr-Regierung, die Deutsch-Demokraten:

Die Deutsch-Demokraten demonstrieren in Berlin mit... Sie sind in der Mitte. Sie haben gewittert gegen rechts, sie haben gewittert gegen links, sie haben gemacht eine Verbeugung nach der einen Seite und während sie haben gehabt das Gesicht nach rechts, haben sie gehabt den Hintern nach links, und da hat ihnen einer gebauert drauf, und dann haben sie sich herumgedreht und haben gehabt das Gesicht nach links und den Hintern nach rechts, und da hat ihnen einer gebauert drauf. Und das hat sie sehr mitgenommen und sie haben dabei sehr abgenommen. Und nu, da sie sich „fühlen berufen zusammenzuführen alle Volksgenossen in der Treue zur Republik, zur Demokratie und Verfassung“, haben sie sich begäben in Berlin auf die Straße und haben am Mittwoch demonstriert im Schatten der roten Fahne. Es hat ihnen am Mittwoch also nichts können passieren. Wird auch sein wieder einmal eine nationale Kundgebung in Berlin, werden sie vielleicht gehn im Schatten der schwarzweißroten Fahne. Nehmen sie von der linken Fahne das Rot, nehmen sie von der rechten Fahne das Schwarz, Gold haben sie selber, macht schwarzrotgold, Gott wie heißt... Die „Blätter der Bayerischen Mittelpartei“ sind, wie die „Münch. Post“ hervorhebt, eine Zeitungskorrespondenz, bedienen also die deutschnationalen Blätter mit Artikeln. Herausgeber dieser Blätter ist die Hauptgeschäftsstelle der Bayerischen Mittelpartei in Nürnberg. Es handelt sich also nicht um eine Entgleisung irgendeines unpolitischen Menschen, der sich zur Mittelpartei rechnet.

Beil die Demokraten für die Deutsche Reichsrepublik und Weimarer Verfassung eintreten, werden sie von ihren bayerischen Koalitionsfreunden hinten und vorn mit Dred beschmiert. Vielleicht wird einigen Demokraten klar, daß sie einmal ernstlich erwägen müssen, was denn mit der Bayerischen Mittelpartei ist, wenn ihr die Demokraten energisch ihr Hinterteil zeigen würden.

Zeitungsverbote.

Breslau, 9. September. (W.B.) Die „Schlesische Tagespost“ ist auf drei, die „Arbeiterzeitung“ auf fünf Tage wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten verboten worden.

Frauen und Parteiprogramm.

Von Clara Bohm-Schuch.

In der außerordentlich lebhaften Aussprache, welche in der sozialdemokratischen Presse über den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm bisher stattgefunden hat, haben die Stimmen der Frauen so gut wie ganz gefehlt. Das könnte den Anschein erwecken, als ob die Frauen zu dem Entwurf nichts zu sagen wüßten oder als ob ihnen die Programmfrage überhaupt gleichgültig sei. Beides trifft natürlich nicht zu. Auch unser Leben ist, genau wie das der Männer, unlöslich mit all den Fragen des Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens verbunden, die in dem Programmentwurf berührt werden. Da wir Frauen aber innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gewissermaßen immer die Schar der Gläubigen, Zukunftshoffenden dargestellt haben, so haben wir an der Gestaltung, an der Form unseres Parteiprogrammes das größte Interesse. Wir wissen, wie knapp und klar der Weg gezeichnet, wie leuchtend das Ziel zum Sozialismus gewiesen sein muß, wenn unsere lasttragenden, müden — und doch mit brennender Sehnsucht suchenden — Schwestern mit uns kommen sollen. Ja, wegweisend, zielstrebend und klar soll unser Parteiprogramm sein. Schlichte und ungeschulte Worte, die von den einfachsten Menschen verstanden werden. Und dennoch muß aus seiner Sprache der Rhythmus der Arbeit und des Lebens klingen — Macht und Schönheit zugleich. Nicht nur wir Frauen wollen es so, sondern auch die Jungen; unsere so ernst suchenden und ringenden Knaben und Mädchen von heute, die die Männer und Frauen, die Menschheitstämpfer von morgen sind.

Das Erfurter Programm hatte viel von diesem ehernen Klingen; der neue Entwurf hat nichts davon. Nicht in der theoretischen Einleitung, nicht in den Einzelorderungen. Auch das Kulturprogramm, dessen Form manchen Genossen und Genossinnen schon erscheint, hat nichts von der schlichten Klarheit, die allein Schönheit ist. Ich fühle manches spöttische Lächeln und die Frage: „Ist die Form so wichtig?“ Jawohl, sie ist es in diesem Fall, denn sie umschließt den Inhalt nicht nur, sie kennzeichnet ihn auch. In der Form unseres Programms wird immer die Klarheit oder Unklarheit, die Einheitslichkeit oder Zerfahrenheit unserer Bewegung zum Ausdruck kommen.

Von vielen Seiten war bemängelt worden, daß das Wort Klassenkampf im ersten Programmentwurf überhaupt fehlt. In dem revidierten Entwurf ist es wieder aufgenommen. Wir sollen uns vor Phrasen hüten, gewiß. Aber das Wort im Parteiprogramm bedeutet das klare Bekenntnis zu dem, was wir sind und wollen, zum Wesen unserer Partei überhaupt.

Bei den Einzelorderungen wird man zunächst die Frage aufwerfen müssen, ob es überhaupt möglich ist, sie in einem Parteiprogramm zu zergliedern. Verneint man die Frage, dann sind der Dinge zuviel genannt; bejaht man sie aber, wie die Kommission es getan hat, dann steht zum wenigsten darin. Besonders für die Frauen. Nach der Verfassung sind wir staatsbürgerlich den Männern gleichberechtigt, gesellschaftlich sind wir es heute auch nach der Verfassung nur „grundsätzlich“. Das heißt, daß die tatsächliche wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung der Frau noch erkämpft werden muß. Diese Notwendigkeit sollte im Programm betont werden. Die in Familie und Beruf nach Selbständigkeit und Anerkennung ihres Entwicklungsrechtes ringenden Frauen sollen wissen, daß sie in unsere Reihen gehören, weil die Sozialdemokratie ihren Kampf kämpft. Auch um der Klärung willen in den eigenen Reihen täte es not.

Im sozialpolitischen Teil ist manches für die Frauen gefordert; genug ist es nicht. Wir sollten uns nicht scheuen, für Frauen und Jugendliche den sechsständigen Arbeitstag zu verlangen. Wie überhaupt in unserem Programm zum Ausdruck kommen müßte, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie durch Verkürzung der Arbeitszeit bekämpft werden muß und daß jeder Mensch das Recht auf Erwerb durch Arbeit hat, die Frau sowohl als der Mann. Die berufstätige Mutter ist viel zu wenig berücksichtigt, und gerade ihre Zahl ist durch den Krieg ungeheuer gestiegen. Beruf und Mutterschaft sind auch im neuen Deutschland noch immer einander feindliche Begriffe, und doch muß die Möglichkeit geschaffen werden, sie zu vereinen. Wenn die Frau sich zu ihrem vollen Persönlichkeitswert entfalten soll zum Wohle der Gesamtheit, muß sie beides sein dürfen: Mutter und Arbeiterin. Wir scheitern noch immer die Halbtagsbeschäftigung als der beste Weg. Der Kapitalismus hält ihn für nicht gangbar; kann uns das hindern, ihn zu fordern, wenn wir ihn für gut befinden? Die uneheliche Mutterschaft ist ja nach dem Willen der bürgerlichen Parteien selbst in der Verfassung milderer Rechts. Auf keinem anderen Gebiete kommt der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft in seinem unmoralischen Widersinn so zum Ausdruck wie hier. Um so mehr müssen wir Sozialdemokraten für die Anerkennung der Mutterschaft als solcher uns einsetzen und vor allem im Wirtschaftsleben jede Benachteiligung der ledigen Mutter bekämpfen. Deshalb möchte ich in dem besondern Abjaß über die Beamtenforderungen, der dem sozialpolitischen Teil angefügt ist, den letzten Satz so

ändern: Freier Aufstieg der Beamten beiderlei Geschlechts lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Die für unser Volk lebenswichtige Frage der Bevölkerungspolitik ist in verschiedenen Abschnitten nur nebenher erwähnt. Wollen und können wir denn wirklich dieses Gebiet übergehen und uns einbilden, wenn wir uns dieser ganzen Not gegenüber blind stellen, so ist sie nicht da? Die Auffassungen in unserer Partei sind hier nicht klar und einheitlich, aber sind sie es vielleicht in der Sozialisierungs- oder Agrarfrage? Dadurch, daß wir diese Dinge umgehen, sie nicht besprechen, weil sie „heißel“ sind — wie mir neulich ein gebildeter Genosse antwortete —, wird keine Klärung, sondern nur mehr Verwirrung und Schaden am Volksganzen herbeigeführt.

Außerordentlich interessiert sind wir als Frauen und Mütter naturgemäß an dem Abschnitt über Kulturpolitik. Ich lehne die Form dieses Teilentwurfes ab, weil sie, wie ich schon ausführte, meinen Anforderungen an Klarheit und schlichter Schönheit nicht genügt. Im übrigen hat der Genosse Dr. Karlen in seinem Artikel im „Vorwärts“ bereits alles gesagt, was ich hierzu sagen könnte. Nur möchte ich noch einen Satz vorausstellen haben, der betont, wie unsere Partei durch den wirtschaftlichen Kampf Kulturarbeit geleistet hat, daß für uns beides unzertrennlich ist und wie alle Sehnsucht nach besserem Menschentum nur im Sozialismus Erfüllung finden kann.

Nur einige Fragen konnte ich hier aufwerfen, einige Wünsche ausdrücken und nur für mich eine Kritik am Gesamtentwurf üben. Ich hoffe aber, daß viele Frauen im Laufe des nächsten Jahres ihre Meinung zu dem Programmentwurf sagen werden, wenn er von dem Parteitag in Götting einer neuen Kommission zur endgültigen Bearbeitung überwiesen ist.

Der Ruhr-Zustand.

Von einem parteigenösslichen Rechtsanwält wird uns aus München geschrieben:

Bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayerischen Koalitionsparteien über die Aufhebung des Ausnahmezustandes ist zu beachten, daß viele Eigentümlichkeiten des bayerischen Ausnahmezustandes mit Politik an sich nicht das geringste zu schaffen haben, daß aber die bayerische Regierung und ihr Anhang auch an der Aufrechterhaltung dieser Eigentümlichkeiten in einer Hartnäckigkeit festhält, die einer besseren Sache würdig wäre. Warum in aller Welt sollte es z. B. die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden, wenn die Laienrichter der bayerischen Volksgerichte ausgesetzt würden, wie das für jeden Rechtsstaat eine glatte Selbstverständlichkeit bedeuten würde, statt daß sie ernannt werden und statt daß man bei allen politischen Prozessen immer wieder denselben Gesichtern anerkannt zuverlässiger Laienrichter begegnen würde? Zu welchen Vorgängen das führt, zeigt sich z. B. an der Tatsache, daß im vorigen Jahr das Volksgericht Hof einen bereits ernannten Beisitzer des dortigen Schöffs-Beschwerdegerichts wieder entließ, weil sich herausstellte, daß der Mann der U.S.P. angehörte. Warum erordert es das öffentliche Interesse, daß jeder Beschuldigte im volkgerichtlichen Verfahren des ihm im ordentlichen Verfahren zustehenden Rechtsmittels der weiteren Haftbefehl schwerde grundföhrlich beraubt ist? Warum müssen alle Personen, die in den letzten zwei Jahren in Bayern des schweren Diebstahls oder der Hehlerei, des Totschlages oder der Rotzucht verdächtig waren, im Falle ihrer volkgerichtlichen Beurteilung nicht nur der Berufung und der Revision entbehren, sondern auch außerstande gesetzt werden, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben, wenn sich das Urteil als Fehlurteil herausstellt? Oder sollte es tatsächlich ein zutreffendes Urteil sein, wenn das Volksgericht München im Jahre 1921 einen 18jährigen kommunistischen Kutscher mit einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus bestrafte, weil er sich die Adressen von Mitgliedern der Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehr aufgeschrieben hatte, und weil das Gericht

erklärte, es habe die Ueberzeugung, daß dies zu dem Zwecke geschehen sei, um die Genannten im Falle eines politischen Putschs umzubringen? Es mußte das Rechtsbewußtsein des bayerischen Volkes auf das schwerste erschüttert, wenn Monate und Monate hindurch die Linksradikalen, die von der Gewalt redeten, in schwere Gefängnis- und Zuchthausstrafen genommen wurden, während die Rechtsradikalen, welche sie betätigten, entweder nicht gefundener oder aber in lächerlich niedrige Strafen genommen wurden. Man denke z. B. daran, daß die beiden reaktionären Studenten, die zugegebenermaßen den Reichswehrsoldaten Max Dolner halbtot geschlagen hatten, vom Schöffengericht Freilassung mit je 150 Geldstrafe bedacht wurden, eine gerichtlich-staatliche Anreizung zur Gewalttätigkeit, wie man sie sich krasser kaum denken kann!

Ein System dieser Art hat keinen Anspruch auf Dauer. Selbst wenn man behaupten könnte, daß in Bayern nicht ohne Ausnahmezustand regiert werden könne, müßte dieser Ausnahmezustand fallen. Eine Reichsregierung, die ihn bestehen ließe, würde der weiteren Verwilderung aller Rechtsbegriffe, wie sie in den Fällen Gareis und Erzberger ihren traurigsten Ausdruck gefunden hat, direkt Vorschub leisten. Aber wie soll man den Versicherungen der bayerischen Regierung, man könne ohne ihren Ausnahmezustand nicht auskommen, Glauben schenken, wenn man immer wieder diese Regierung und ihre Anhänger sich rühmen hört, „wir Bayern“ seien die „Ordnungszelle“, in der nur Recht und Gesetz gelten, das übrige Reich sei der Herd der Unruhe? Gerade die Ablehnung der Reichsordnung ist der sicherste Prüfstein dafür, daß es rein politisch partikularistische Erwägungen sind, die das Verhalten der bayerischen Regierung diktieren. Eine weitere Schwäche oder ghwartende Haltung gegenüber diesen Regungen könnte in der Tat das Ende des Reiches bedeuten.

Eine Zeitung der Deutschen Volkspartei.

Am 30. September wird in Berlin eine neue Tageszeitung zu erscheinen beginnen, die „Die Zeit“ heißen wird. Die neue Zeitung soll ein Organ der Deutschen Volkspartei werden, nachdem dieser durch das Vordringen des deutschnationalen Kapitals sowohl der „Lokal-Anzeiger“ wie auch die „Tägliche Rundschau“ weggenommen worden sind. Die Leitung des Blattes wird der bisherige langjährige Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, Herr Heinrich Rippler, übernehmen, der bekanntlich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angehört.

Zur Erhöhung des Kohlenpreises.

Heute finden im Reichswirtschaftsministerium die Verhandlungen über den neuen Kohlenpreis statt. Wie die B.P.R. hören, ist die Reichsregierung bereit, die aus der reinen Vohnerhöhung entstehende Verteuerung in den Kohlenpreis einzurechnen. Gegen die weitere von der Industrie gewünschte Erhöhung der Kohlenpreise wird sich hingegen die Reichsregierung so lange sträuben, als die Höhe der Selbstkosten nicht genau nachgewiesen ist.

Die Märzunruhen in Mitteldeutschland.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags setzte am Freitag die Bernehmung der Generalzeugen fort, und zwar erfolgte zunächst die des Oberpräsidialrats Bremer aus Magdeburg. Dieser bekundete, daß die Entwaffnung in bürgerlichen Kreisen fast reiflos durchgeführt worden sei. Nur auf dem Lande sei das nicht ganz möglich gewesen. Den Aufständischen seien zahlreiche Waffen der Einwohnerwehr in die Hände gefallen. Von einer von langer Hand vorbereiteten Roten Armee zu sprechen, gehe zu weit. Auch bei und nach dem Kapp-Putsch habe man sich über ihr Vorhandensein kein festes Urteil bilden können. Allerdings sind dem Zeugen die Lageberichte der Reichswehrrückführungen regelmäßig zugegangen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Kaufhold (Dnat. Bp.) erwidert der Zeuge, Zahlen über die in den Händen von Arbeitern befindlichen Waffen könne er nicht angeben. Auf weiteres Befragen

habe, ringt er sich aber doch erst langsam durch und schreibt schließlich am 25. November 1923: „Ich bin im vierten Jahre meiner schauspielerischen Laufbahn da, wo ich anfang, denn am heutigen Tag spiele ich in der „Waise aus Bowood“ den Sam, also gerade jene Rolle, welche ich vor vier Jahren in Weidling gespielt habe. Das ermuntert und spornt an — zum Totschießen.“ Nun wird ihm klar, daß in der Schauspielkunst Vernunft und Verstand nie das Genie ersetzen können und daß ihm das Genie fehlt. Ueber die mangelnde mimische Begabung Anzengrubers sind sich die wenigen, deren Urteile über seine schauspielerischen Leistungen erhalten sind, einig. Während er als Vortrager Vortreffliches leistete, fehlten ihm als Schauspieler die äußeren Mittel. So gab Anzengruber nach schmerzlichem Kampf die Eroberung der Bühne als Schauspieler auf, aber er hatte doch hier zum erstenmal sein angestammtes Reich betreten, das er später als Dramatiker beherrschen sollte.

Beförderungen für medizinische Entdeckungen. In englischen Kreisen ist eine Bewegung entstanden, die darauf zielt, Ärzten, die eine wichtige Entdeckung gemacht haben, eine staatliche Anerkennung zuzubilligen, etwa in Gestalt einer jährlichen Pension oder dergleichen. Man begründet das Verlangen damit, daß Ärzte vielfach ihre Entdeckungen oder Erfindungen, mit denen sie ein Vermögen erwerben könnten, im Interesse der gesamten Menschheit öffentlich bekanntgeben; ein Ingenieur oder Chemiker könnte sich eine gleichwertige Leistung patentieren lassen und den alleinigen Vorteil davon haben. Zum Vorkämpfer der Idee hat sich Ronald Ross gemacht. Den Anstoß gab der Fall eines Militärarztes, der während des Krieges einen wichtigen Fortschritt in der Behandlung der Malariaerkrankung machte. Die Regierung wurde sofort allgemein eingeleitet und brachte großen Nutzen. Nach dem Kriege dachte der Arzt daran, daß es in England ja eine Staatskommission zur Belohnung von Erfindern gibt, und er richtete an diese eine Eingabe. Darauf erging aber der Bescheid: die Kommission erkenne das Verdienst der Erfindung und ihren Nutzen vollkommen an, aber sie übersehe auch nicht den idealen Sinn, der die Vertreter der medizinischen Wissenschaft seit Jahrhunderten ausgezeichnet habe; sie wolle diesen idealen Sinn nicht dadurch zerstören helfen, daß sie den Geldgewinn durch eine nachträgliche Belohnung hineinschmuggele. Also mußten Mediziner, die Erfindungen machten, aus dem Ring der zu belohnenden Erfinder ausgeschlossen bleiben. Ähnlich fragt darauf Ronald Ross, ob das nicht bedeute, daß man alle Erfindungen zur Zerstörung von Menschleben reichlich belohnen müsse, Erfindungen zur Rettung und Heilung dagegen unter keinen Umständen! In der medizinischen Presse Englands wird auch daran erinnert, daß man früher doch anders verfahren sei. So habe Jenner, dem man die Einführung der Schimpfimpfung verdankt, vom Staat 30 000 Pfund Sterling erhalten, eine in jenen Zeiten ungeheure und heute noch recht ansehnliche Summe Geldes. Neuerdings hat sich der große englische Ärzteverein der Sache angenommen und will das Parlament in Bewegung setzen.

Die ganze Frage zeigt, in welche Sadaassen die Bewertung geistiger Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft führt.

des Vorstehenden Kuffner beauftragt der Zeuge weiter, im Jahre 1920 sei eher eine disziplinierte Rote Armee in die Erscheinung getreten als 1921. Er glaubt auch nicht, daß eine Rote Armee sich der Aufmerksamkeit der Behörden lange Zeit entziehen könne.

Abg. Heidenreich (D. Bp.) fragt, ob dem Zeugen bestimmte Nachrichten über das Bestehen einer Roten Armee zugegangen seien. Der Zeuge verneint das, er hat derartige Nachrichten nur aus Zeitungen entnommen.

Ueber die Gefahr eines Rechtsputsches befragt, beauftragt der Zeuge, es sei ihm davon nichts bekannt. Organisationen seien nur mit Billigung der Behörden als Selbstschutz bekannt geworden. Solche mit politischen Zwecken haben nicht bestanden.

Ueber die Beteiligung der kommunistischen Parteien und ihrer Presse kann der Zeuge nichts ausagen.

Die Bernehmung wendet sich der Behördenorganisation zu. Der Zeuge beauftragt, die Medizinstelle bestehe selbständig neben dem Oberpräsidium, sie werde allerdings von einem Mitglied des Oberpräsidiums, Oberregierungsrat Freytag, geleitet.

Auf eine Frage des Abg. v. Gynckel (D. Bp.) gibt der Zeuge eine ausführliche Schilderung der gesamten Behördenorganisation nach den Veränderungen. Die Trennungslinie zwischen politischem Referat und allgemeiner Verwaltung sei oft schwierig, sie habe manchmal geschwankt. In den Fall der Befragung des Bürgermeisterspostens von Hettstedt kam sich der Zeuge nicht erinnern. Es sei möglich, daß Regierungspräsident v. Gersdorff gelegentlich mit ihm darüber gesprochen habe. Der Zeuge erklärt weiter, daß er als Vertreter des Oberpräsidenten nicht bei allen Referenten vortrügen zugegen sei. Bei der politischen Abteilung sei es möglich, daß ein Schriftstück ihm nicht zur Gegenzeichnung vorgelegt werde, namentlich Angelegenheiten, die von der Medizinstelle ausgehen.

Berichterstatter Dr. v. Dryander: Viele Beamte des Oberpräsidiums haben mir erklärt, daß sie häufig über die von ihnen zu bearbeitenden Angelegenheiten nicht informiert wurden. Hat der Zeuge bei der Verfügung des Oberpräsidiums mitgewirkt, monach die Regierungspräsidenten nur an die Medizinstelle, nicht aber direkt die Reichsregierung berichten sollen? Sie trägt die Unterschrift eines Leitnants der Medizinstelle. Zeuge: Meines Wissens nicht. Ich habe oft das Gefühl gehabt, nicht informiert zu sein, aber ich kann nicht sagen, daß ich absichtlich übergangen worden sei. Auf weiteres Befragen des Vorstehenden beauftragt der Zeuge, bei den Maßnahmen zur Verhütung des Ausstandes habe er nicht mitgewirkt. Er sei nicht Stellvertreter des Staatskommissars, der nur zufällig zugleich Oberpräsident war. Es wäre für die Zeugen natürlich erwünscht gewesen, bei ordnungsmäßigem Gang der Geschäfte hinzugezogen zu werden. Das Oberpräsidium Magdeburg sei zu fraglicher Zeit außerordentlich stark überlastet gewesen.

Hinsichtlich der

Bewährung der Landräte und Amtsoorsteher

erklärt Zeuge auf Befragen, dem Oberpräsidium habe nur die Bewährung der Amtsoorsteher obgelegen. Während seines Referats, das er neun Monate in Vertretung geführt habe, sei in 18 Fällen die Bewährung verweigert worden. Im allgemeinen habe er sich um die politischen Ansichten der vorgeschlagenen Amtsoorsteher nicht gekümmert, indessen ausgesprochene Anhänger der damals noch vereinigten Unabhängigen Partei nicht befähigt, weil er sie nicht für zuverlässige Vertreter der Verfassung angesehen habe, sie hätten nicht die Gewähr geboten für unbedingtes Eintreten für Staat und Autorität.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Zur alten Partei zurück.

Die Ortsgruppe der Unabhängigen in Tuxhaden ist geschlossen zur alten Partei übergetreten. Dem Uebertritt ging, wie das „Hamburger Echo“ meldet, eine Besprechung der Vorstände voraus. In einer gemeinsamen Versammlung am 6. September wurde sodann nach einer lebhaften Aussprache der Uebertritt gegen nur vier Stimmen, die eine Arbeitsgemeinschaft wünschten, beschlossen. Die Bekanntgabe des Resultats löste in der Versammlung große Begeisterung aus. Die Ortsgruppe der U.S.P. zählte etwa 300 Mitglieder.

„Am die Fahne der Republik.“ Von Dr. Ed. David. (Preis 2 Mk.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Immer häufiger haben die monarchistischen Reaktionäre ihr Haupt, immer dreister führen sie die Fahnen und Farben des alten Militärlegionsstaates den Anhängern der Republik vor die Augen. Diese aber lassen sich das ruhig gefallen und machen keine Anstalt, die Wahrzeichen der Monarchie durch die der Republik zu verdrängen. Diese Bässigkeit kann gefährlich werden. Es ist hohe Zeit zur Gegenwehr. Das Schriftchen von David bietet scharfgeschliffene Waffen aus Geschichte und Gegenwart für diesen Kampf um die Ehre der Republik und ihrer Hoheitszeichen.

Ein kühner Springer. Von der Brooklynbrücke in New York, von der schon so mancher in den 45 Meter darunter fließenden East River gesprungen ist, weil er des Lebens überdrüssig war, sprang kürzlich ein Mann, um sich das Leben zu verdienen. Natürlich für eine Filmaufnahme. Der kühne Springer war ein früherer Seemann namens Carone, der schon eine ganze Anzahl ähnlicher Sprünge ausgeführt hat. Da die Selbstmorde von der Brooklynbrücke so häufig sind, passen die waghalsigsten Schulleute gut auf und sind immer gerüstet, Lebensmüde vom Geländer zurückzureißen. Auch als Carone auf dem Geländer stand, kamen zwei Schulleute herbeigekürrt; aber alles, was sie noch fassen konnten, war sein Hut, den er ihnen zuwarf. Einen Augenblick später hörte man ein Klatschen auf dem Wasser, eine Wassersäule schoß auf, und in der nächsten Minute sah man Carone auf einen kleinen Dampfer zuschwimmen, der ihn mit einem Bootshafen an Bord holte. Dies war der zweite Sprung Carones von der Brooklynbrücke. Er hat schon eine lange Liste ähnlicher Taten zu verzeichnen. Er ist u. a. von der London Bridge, von der Spitze eines sechzig Meter hohen Krans in Glasgow und von einem Schiffsmaß gesprungen. So elegante Sprünge wie Josef Leuvenmarkt im Frühjahr 1914 in San Francisco jedoch hat Carone noch nicht ausführen können. Leuvenmarkt, der die Meisterstück im Hochsprung gemann, als er in Kansas City von einem 82 Meter hohen Turm sprang, starb im nächsten Jahre am Blutsprung.

Zweierlei Karriere. In Berlin macht zurzeit seltsames Geschickliche die Runde: Die jüdische Gemeinde von Tarnopol in Galizien benötigte eines Tages eines Rabbiners. Von guten Freunden wurde dem Gemeindevorstand mit den wärmsten Empfehlungen ein reichlich unscheinbarer Mann zugesprochen, der auch vorläufig Anstellung fand. Aber es zeigte sich, daß der Rabbinatskandidat nicht einmal schreiben konnte. Um ihn möglichst rasch loszuwerden, gab man ihn einer Gesellschaft von Reisenden mit, die sich eben nach Berlin in Marsch setzte. In Berlin ging es dem Kandidaten a. D. nicht schlecht. Nach gebührender Zeit konnte er, im Besitz ansehnlicher Reichtümer, von der Grenadierstraße nach dem Kurfürstendamm übersiedeln, und das alles, ohne daß er Schreiben gelernt hätte. Vielmehr ließ er seine Geschäftskorrespondenz regelmäßig von seiner Tochter erledigen. Eines Tages nun war die Tochter krank, und er mußte selbst auf die Bank gehen, um Bargeld abgehoben. Aber er konnte die Bankquittung nicht unterschreiben. Der Kassierer war darüber gar sehr erstaunt. „Wie“, sagte er, „ein Mann in Ihrer Position kann nicht schreiben? Bestätigen Sie, wie weit hätten Sie es wohl erst gebracht, wenn Sie schreiben könnten?“ Darauf der andere adfeligkündend: „Bis zum Rabbiner von Tarnopol.“

Preis von Harms Drama „Louis Ferdinand“, das früher aus den Gründen nicht gegeben werden konnte, wird im Deutschen Theater zur Ueberführung in Berlin gelangen. Für die Regie ist Gustav Hartung genommen.

Japan unterläßt die deutsche Medizin. Das japanische Komitat in Köln teilt mit, daß die medizinischen Fakultäten in Japan eine Summe von 450 000 Mk. zur Verteilung unter die deutschen und österreichischen medizinischen Fakultäten gestiftet haben.

Anzengruber als Schauspieler.

Wie so mancher große Dramatiker der Weltliteratur, wie Moliere und Moliere, Raimund und Resron, ist auch Anzengruber ursprünglich Schauspieler gewesen. Wir haben in seinen Briefen eine erschütternde Schilderung des ganzen Lebens, das die obere Natur bei dem Schmierentreiben der jahrenden Komödianten ergreift. So viel wir aber über die Empfindungen des Dichters in diesem wirevollen Wanderjahrsbuch wissen, so wird doch die wirkliche Umwelt, in der er sich damals bewegte, erst jetzt lebendig in dem sein Schauspielertum behandelnden Kapitel der Anzengruber-Biographie, die Professor Alfred Kleinberg soeben im Cottaaschen Verlag zu Stuttgart erscheinen läßt.

Der Wunsch des jungen Anzengruber, Schauspieler zu werden, war etwa wie der Drang des jungen Keller zum Maler, eine verkehrte Richtung, die der unbewußt zum Vicht drängenden Begabung gegeben wurde. Er selbst hat in einer im Nachhinein erhaltenen Aufzeichnung gesagt: „Mein erster Ehrgeiz war ein schauspielerischer. Natürlich, es galt ja nur: sich zu zeigen, was man sei; das dichterische Schaffen vor allem für mich. Das kam — aber zur Hölle neigte alles. Der Kampf war erst das Elend hinein.“ In diesem letzten Satz ist wie in einem Brennpunkt die Tragik des „häßlichen schlanten“ Burshen bezeichnend, der sich zunächst von dem Komiker Treumann dramatischen Unterricht erteilen ließ und dann in einem der elendesten „Rufentempel“, die es je gegeben, in dem Weidlinger Theater des Direktors Groll, die weitbedeutenden Bretter betrat. „Ueber den Spielplan“, so schildert Kleinberg diese Bühne, „entschied der Geshmack der Schusterjungen oben auf der Gallerie, weshalb noch an manchem Sonn- und Feiertag — denn nur an diesen erlaubte die Konzeption Herr Groll Theater zu spielen — Schwenkstübe vom Schläge der „Totenglocke um Mitternacht“ oder des „Schwefelsties vom Rabenstein“ über die Bretter gingen. Stubenmädchen und Kellnerburschen mußten ihr Bedürfnis, sich als Karl Moor oder Jeanne d'Arc zu zeigen, mit teuren Anschaffungen für die Garderobe befriedigen, und es verfiel sich von selbst, daß Groll niemandem ein Honorar zahlte.“

Anzengruber hat dann den Sommer des Schmierendaseins bis zur Kege durchgekostet. Heute war er mit einer Wandtruppe in Oberösterreich und der Steiermark, ein paar Monate später an der ungarisch-türkischen Militärgrenze. Eigentümnisse und Ränke der Berufsagossen, Demütigungen in der Wiener Schauspielerbörse „Zum Wafen“, Bettelgehälte von 20 bis 30 Gulden der Monat und Kontraktbrüche, Dachstammern und öde Wirtstuben als Rahmen des „bürgerlichen“ Lebens, Scheunen und aufgelassene Kirchen als Rahmen der „Kunst“ — das sind die Ereignisse, die bald immer lauter von dem Ruf des Entschlusses „Fort von der Schauspielerei!“ übertönt werden. Zu der Erkenntnis, daß er seinen Beruf verfehl

Groß-Berlin

Im Negerdorf.

Draußen am Rande der Großstadt, wo noch leere weite Flächen ihrer Bebauung harren, tauchen in letzter Zeit immer mehr, wie aus dem Boden gestampft, Städte und Dörfer auf, die ebenso schnell wieder ganz oder teilweise verschwinden, als Wahrzeichen unserer atemlosen Zeit, die sich im Selbstvergessen nicht genug tun kann und es fortgesetzt versucht, im Hineinträumen in ferne, uns jetzt fast unerreichte Länder, sich über sich wegzubringen. Diesem Bestreben kommt nichts so sehr entgegen als die Filmindustrie mit ihrem kolossalen Apparat an künstlerischen und technischen Hilfsmitteln. Und wenn dabei auch oft dem „Kiff“ ein allzu breiter Raum gelassen wird, so trifft man doch auch wieder auf ernste und künstlerische Arbeit, die einen nur bebaueten läßt, daß sie vergänglichem Zwecken dient.

Dies Bedauern dränge sich einem wieder auf bei der Besichtigung des von der „Leberke-Filmgesellschaft“ für ihren neuesten Film „Eine Weiße und Kambibalen“ aufgestellten Negerdorfs. Es war wirklich eine Freude, dies vom Architekten Columbus mit so großer Sicherheit aufgeführte Dorf zu besichtigen, in dem nichts fehlte, weder der aufgestellte Fetisch am Eingang, wie die Getreibeurne in der Mitte des Dorfes, um die sich die Hütten gruppierten. Die Neger taten sich darin auch wie zu Hause und konnten sich nicht genug tun an Kriegstänzen und Spielen, die man in kurzen Ja auf der Leinwand sehen wird. Stimmungsvoll wirkte auch die Szene, als bei einbrechender Dämmerung sich die Negerfamilien um ihre Lagerfeuer gruppierten und die weichen verschwommenen Konturen des Bildes der Szene etwas ungemünztes Echte gab. Und ein grandioser Anblick war es, als bei völliger Dunkelheit die Neger mit ihrer Habe das brennende Dorf verließen. Da unterföhnte allerdings auch noch die Natur die Kunst der Regie, denn es war schön und grauig zugleich zu sehen, wie sich die Flammen im Wasser widerspiegelten und über allem in ruhiger Klarheit die goldene Mondscheibe stand.

Die Regie dieses interessanten Films führt ein Kenner des dunklen Erdteils, Herr Schomburg, und man hätte wohl auch kaum jemand geeigneter finden können als ihn, der jahrelang in Afrika lebte und der Land, Leute, Sitten und Gebräuche und auch die Sprachen der einzelnen Volksstämme kennt.

Keine Kartoffelverteuerung?

Die Ernteaussichten durchaus günstig.

Das Wolff-Bureau orakelt optimistisch folgendermaßen: In der Presse und im Publikum sind wiederholt Befürchtungen laut geworden, daß die diesjährigen Kartoffelpreise von Interessenten übermäßig in die Höhe getrieben werden. Die Befürchtungen dürften unbegründet sein. Die Kartoffelpreise sind in der letzten Zeit ständig gesunken und belaufen sich in den meisten Erzeugergebieten zurzeit auf 40 bis 45 M. Auch die Ernteanmeldungen geben zu besonderen Befürchtungen keine Veranlassung; wenn auch in einzelnen Gegenden infolge der anhaltenden Trockenheit nur mit einer geringen Ernte gerechnet werden kann, so lauten aus anderen, für die Kartoffelproduktion besonders wichtigen Gebieten die Nachrichten durchaus günstig. Im Interesse der Konsumenten selbst muß daher dringend empfohlen werden, vom Kauf zu überlebenden Preisen Abstand zu nehmen. Das Verarbeiten von Kartoffeln in Brennereien wird in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre auf das notwendigste Maß eingeschränkt und lediglich in einem noch zu bestimmenden Umfang den Besitzern landwirtschaftlicher Brennereien, die im Interesse der Viehhaltung auf die Herstellung von Schlempe angewiesen sind, gestattet werden. Ein Verkauf von Kartoffeln zur Verarbeitung in Brennereien wird in diesem Jahre in gleicher Weise wie im Vorjahre verboten werden. Die Ausfuhr von Kartoffeln ins Ausland ist aufs strengste untersagt. Die Grenzbehörden sind angewiesen, die unerlaubte Ausfuhr aufs nachdrücklichste zu bekämpfen.

Die Berliner Bevölkerung wird nichts dagegen haben, wenn die Befürchtungen über eine ungerechtfertigte Erhöhung der Kartoffelpreise nicht zutreffen. Im übrigen heißt abwarten.

Wohnungsamt-Beamte vor Gericht.

Bei den drei Berliner Landgerichten schweben zurzeit eine große Anzahl von Strafverfahren gegen bestechliche Beamte der Wohnungsämter und die Bestechenden, aber die meisten dieser Fälle verlaufen mangels ausreichenden Beweises erfolglos. Zwei derartige Fälle beschäftigen jetzt wieder die Ferienstrafkammern.

In dem ersten Fall waren der Beamte der Wohnungsinspektion I Fritz Rosenberg und der Kaufmann Max Hirschfeld wegen passiver bzw. aktiver Bestechung angeklagt. — Dem Angeklagten Hirschfeld war es gelungen, überraschend schnell in der Jagowstraße eine Wohnung zu erlangen. Bei Gelegenheit erzählte er, er habe dem Rosenberg 1000 M. und Lebensmittel gegeben, „wenn die Sache herauskomme, sage er einfach, Rosenberg sei ein Verwandter und es handele sich nur um eine vermondtischastliche Gefälligkeit“. — Vor Gericht bestritten die Angeklagten das Vorliegen einer Bestechung. Von den Verteidigern wurde unter Beweis gestellt, daß Hirschfeld sehr zur Renommisterei neige und jene Bemerkungen lediglich hierauf zurückzuführen seien. Das Gericht mußte aus Mangel an Beweisen freisprechen.

Schlechter erging es dem bei dem Wohnungsamt Charlottenburg tätigen Ingenieur Müller, der sich ebenfalls wegen Bestechung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte ein technisches Gutachten über die Verwendbarkeit eines Hauses in der Berliner Straße in Charlottenburg für eine chirurgische Klinik zu erstatten. Dieses Gutachten, von dem für die Interessenten sehr viel abhing, da sie das Grundstück zu einem enormen Preis an den Klinikhaber verkaufen und den Mietern kündigen wollten, wurde dann mit der Bitte um Beschleunigung mit Hilfe einiger blauer Lappen etwas „geschönt“. Die Sache kam jedoch heraus und gegen M. wurde Anklage erhoben. Vor Gericht bestritt Rechtsanwalt Dr. S. Aron, daß der § 2 der Verordnung vom 3. Mai 1917 verletzt sei, da der Angeklagte nicht für die Erstellung des Gutachtens selbst, sondern für eine Beschleunigung ein Geschenk angenommen habe. Das Gericht sah jedoch als erwiesen an, daß eine Bestechung vorliege und erkannte auf 1000 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 3000 M. Geldstrafe beantragt.

Um die städtischen Schuldezernenten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern in nichtöffentlicher Sitzung auf Grund einer dringlichen Magistratsvorlage mit der Wahl der drei Dezernenten für die städtischen Schulen. Der Magistrat hat, wie bekannt, für die Gemeindeschulen den Kreisdeputierten Rydahl aus Neukölln, für die höheren Schulen den Magistratschulrat Dr. Helmke aus Wilmersdorf und für die Fach- und Fortbildungsschulen die Studienrätin Fräulein Dr. Anna Siemsen aus Düsseldorf gewählt und die Stadtverordneten gemäß § 56 der Städteordnung um ihre Stellung hierzu ersucht. Es kam zu einer einständigen sehr lebhaften Aussprache, in der es sich hauptsächlich um die Persönlichkeit von Fräulein Dr. Anna Siemsen handelte. Der Antrag, die Vorlage an den Magistrat zu erneuter Prüfung zurückzugeben, wurde abgelehnt und mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit beschlossen, von der Vorlage des Magistrats Kenntnis zu nehmen.

Ueber die Ursache des Explosionsunglücks bei den Deutschen Werken in Spandau geht uns folgendes Schreiben des dortigen Zentralbetriebsrates zu: „In der Abendausgabe des „Vorwärts“ Nr. 420 veröffentlichte Sie eine Notiz über das Explosionsunglück in Spandau. Hierzu möchten wir Ihnen mitteilen, daß wir anderer Ansicht sind als die Zeppelins-Werke in Staaken. Außerdem wird uns auch aus Kiel mitgeteilt, daß sich auf der Germania-Werft in Kiel am Freitag, den 2. September ein ähnliches Explosionsunglück ereignet hat. Der Unfall ist auf die gleiche Ursache wie hier zurückzuführen, indem Wasserstoffflaschen benutzt wurden, deren Füllung nicht einwandfrei war. Auch bei dem dortigen Unglück sind leider zwei Menschenleben zu beklagen. Es wird Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, zu veranlassen, daß bei Füllung derartiger Flaschen größere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Hieraus ist zu ersehen, daß das Explosionsunglück nicht auf die Schuld irgendeines Arbeiters zurückzuführen ist, sondern daß lediglich die Mischung der Flaschen die Schuld trägt.“

Rückkehr der Wilmersdorfer Kinder aus Ostpreußen. Die das Jugendamt Wilmersdorf mitteilt, kehren die Wilmersdorfer Kinder aus Ostpreußen bereits am 13. und 14. September zurück. Alles Nähere wird noch bekanntgegeben.

Das Bezirksamt Wedding hat mit dem 3. September d. J. die Bearbeitung der Angelegenheiten der Waisenpfleglinge, die sich innerhalb seines Bezirks in Familienpflege befinden, sowie die Angelegenheiten der Jugendfürsorge (vormundschaftsgerichtliche Maßnahmen, Fürsorgeerziehung usw.) und der Jugendgerichtshilfe übernommen. Das Bureau des Jugendamts befindet sich im Ledigenheim, Schönfeldstraße 1.

In der Bezirksversammlung des 16. Stadtbezirks (Niederschlesien) wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. SPD. und USP. hatten sich auf gemeinschaftliche Kandidaten geeinigt, die Bürgerlichen verzichteten auf den 2. Vorsitzenden. Es wurden daher gewählt: Straube (USP.) 1. Vorsitzender, Galle (SPD.) 2. Vorsitzender, Fischer (USP.) Schriftführer. Zunächst wurde über einen Dringlichkeitsantrag, die kommunale Fleisch- und Wurstwarenfabrik in Friedrichshagen zu erweitern und in den übrigen Bezirken Filialen einzurichten, verhandelt. B. B. Rohde (USP.) und unser Genosse Galle traten warm dafür ein, während die Bürgerlichen, besonders W. S. Stein den Antrag scharf bekämpften. Die Debatte nahm häufig infolge provozierenden Auftretens des Redners der Rechten eine sehr scharfe Form an. In bekannter Weise verurteilte Herr Stein den Wert kommunaler Einrichtungen herabzusetzen und die jetzigen schwierigen Lebensverhältnisse auf die Unfähigkeit führender Männer zurückzuführen. Die Angelegenheit wurde mit großer Mehrheit der Ernährungskommission überwiesen. Die Wahlen der Mitglieder für die Schulkommission sowie für die Steuerzuschüsse für Friedrichshagen und Rahnsdorf wurden dem Wahlamt übergeben, in den Beirat für Kriegsbeschädigte die Herren Galle, Lorenz und Getland gewählt. Seitens der Kommunisten und Bürgerlichen wurde die Errichtung der Ortsamtsstellen und die Erneuerung der Leiter bemängelt, dem Bezirksamt das Recht hierzu bestritten und beantragt, die fraglichen Stellen auszusprechen und der Bezirksverwaltung zur Bestätigung vorzulegen. Nach kurzer Widerlegung durch die Bezirksleitung wurde der Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Mittel für Anschaffung einer Motorpflüge für Rahnsdorf sowie Ausbau des Gerätehauses in Grünau sollen beantragt werden. Der Ausbau eines Altersheims muß wegen Mangel an Mitteln zurückgestellt werden. Die Nichtbestätigung des zum Bürgermeister gewählten Stadtrats Bödy wurde zur Kenntnis genommen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Vollaufgabe bei.

Achtung, Konsumgenossenschaft! Die SPD.-Genossenschaftsvereine und diejenigen Vertrauensleute, die bisher an unehren Stellen teilgenommen, werden ersucht, zu einer wichtigen Besprechung am Sonnabend, den 10. September, abends 7 Uhr, im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24, zu erscheinen. SPD.-Mitgliedsbuch legitimiert.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und größtenteils heiter, in den Tagesstunden warm bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

22. Abteilung, Charlottenburg. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, Fundationssitzung bei Frau, Köpenicker-Engelgasse 52.
24. Abteilung, Charlottenburg. Sonnabend, den 10. September, abends 7 Uhr, bei Schneider, Holzendorferstr. 11. Sitzung sämtlicher Abteilungsfunctionäre.

Gewerkschaftsbewegung

Zentrale Lohnregelung im Bergbau.

Am 1. September fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die von den Bergarbeiterverbänden angestrebten zentralen Lohnverhandlungen statt. Sie waren sehr schwierig und konnten nach mehr denn zwölftägiger Dauer mit einem annehmbaren Ergebnis beendet werden. Da für den Raibergbau die zentralen Lohnverhandlungen bereits mit einer durchschnittlichen Lohnzulage von 12,50 M. je Schicht abgeschlossen waren, so blieb noch der Kohlen- und Erzbergbau übrig.

Zu den Verhandlungen am 1. September waren nur die Unternehmervereiter des Kohlenbergbaues erschienen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß für das Ruhr- und linksrheinische Braunkohlenrevier eine Lohnzulage von 10 M. für das Ruhrrevier und 8,50 M. für das Ruhr- und Niederschlesien von 7,50 M. für Niedersachsen von 6,50 M. festgesetzt wurde. Es handelt sich hier in allen Revieren um Durchschnittssätze, und es haben die Verhandlungen in den einzelnen Tarifbezirken bereits begonnen, um die Verteilung auf die einzelnen Arbeitergruppen vorzunehmen. Für die Volkarbeiter werden sich dabei obige Sätze noch etwas erhöhen, während die Jugendlichen etwas weniger bekommen dürfen.

Die Verhandlungen für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier waren deshalb besonders schwierig, weil es sich hier um Kern- und Randreviere handelt. Schließlich einigte man sich für die Kernreviere auf eine Lohnzulage von 7,50 M. für alle Volkarbeiter über 18 Jahre und 3,50 M. für Frauen und Jugendliche. Die Lohnzulagen für die Braunkohlenwerke in den Randrevieren, deren wirtschaftliche Verhältnisse besonders schwierig sind, sollen durch bezirkliche Verhandlungen festgesetzt werden. Diese Lohnzulagen werden vom 1. September an gewährt. Es war leider nicht möglich, die Zulagen schon vom 1. oder 15. August an zu erreichen. Die noch ausstehenden Verhandlungen für Bayern, Oberschlesien, Oberhessen, Westerwald und den Erzbergbau sollen möglichst bis zum 10. September erledigt werden.

Damit wäre zum ersten Male für alle deutschen Bergreviere zu gleicher Zeit eine Lohnregelung erfolgt. Der Erfolg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und die organisierten Arbeitnehmer des Bergbaues dürften dafür Verständnis haben.

Um über die Annahme oder Ablehnung dieser Vereinbarungen zu entscheiden, beruft der Vorstand des Bergarbeiterverbandes im Einverständnis mit den übrigen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbänden, die im Bergbau in Frage kommen, auf Sonnabend, vormittag 9 Uhr, nach Hannover eine Reichskonferenz ein. An dieser Konferenz nehmen vom Bergarbeiterverband die Teilnehmer der letzten Generalversammlung aus den Steinh-, Braunkohlen- und Erzbergbaubezirken teil.

Lohnforderungen der Wächter.

Die Wächter der Bach- und Schließgesellschaften waren am Donnerstag im Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zur Lohnfrage zu nehmen. Sie haben sich bereits an den Schlichtungsausschuß mit der Forderung gewandt, ihnen ab 1. August eine Teuerungszulage in Höhe von 25 Proz. zu gewähren. Nach einem Referat von Bielow wurde beschlossen, 260 M. Wochenlohn für Wächter, 270 M. für Oberwächter und 280 M. für Kontrollreue von den Unternehmern zu fordern. Ferner in jeder Woche eine freie Nacht. Der Redner sprach in seinen Ausführungen die Hoffnung aus, daß man diesen Forderungen angesichts der Teuerung, sowie der verantwortungsvollen Stellung der Wächter und der ihnen bei der pflichtgemäßen Ausübung ihres Berufs drohenden Gefahren die Berechtigung nicht verweigern werde, zumal die Wächter in anderen Städten längst schon viel höhere Löhne erhalten.

„SPD.-Zentrale und Arbeitslosigkeit.“

Zu dieser Notiz in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ teilt uns die Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. bereitwillig mit:

„An unserer 32seitigen Rotationsmaschine werden bei voller Benutzung der Maschine, d. h. der Druck von 32 Seiten, von jeder neben zwei Maschinenmeistern vier Hilfsarbeiter beschäftigt; wird nur die Hälfte der Maschine benutzt, d. h. der Druck von 16 Seiten, so sind ein Maschinenmeister und zwei Hilfsarbeiter an der Maschine tätig. Diese Besetzung der Maschine erhöht sich, sobald die Maschine zu drucken beginnt, auf fünf Hilfsarbeiter im ersten und vier bzw. fünf im zweiten Falle. Da der Gewährsmann des „Vorwärts“ ganz richtig angibt (Seite 89 der betr. Notiz), daß vier Hilfsarbeiter die übliche Besetzung an einer derartigen Maschine sind, so geht aus unseren Darlegungen wohl zur Genüge hervor, daß wir eine größere als die übliche Besetzung an der Maschine haben.“

Des weitern bemerken wir, daß bei einer zwischen Herrn Oberlein, Friesland und uns stattgefundenen Unterredung wir den genannten Herren aufs bestimmteste versichert haben, daß die an unserer Maschine vorhandene Besetzung in jeder Hinsicht den üblichen Bedingungen entspricht, und, wie aus der Anmerkung des „Vorwärts“ Gewährsmannes zu ersehen ist, sogar darüber hinausgeht.“

Unter Gewährsmann erklärt hierzu:

Ich stelle fest: Die Druckerei Friedrichstadt gibt an, daß sie beim Druck der „Roten Fahne“ Arbeiter aus anderen Betrieben heranzieht, statt Arbeitslose dafür einzustellen. Die Druckerei gibt ferner an, daß an der 32seitigen Rotationsmaschine nur zwei Hilfsarbeiter ständig beschäftigt sind. Zur Bedienung, auch wenn eine Seite nicht läuft, sind vier Hilfsarbeiter erforderlich, denn das Reinigen und Herstellen der nicht laufenden Rollen Maschine zum Druck erfordert ebenfalls zwei Hilfskräfte, die nach Angabe der Druckerei nicht vorhanden sind. Daß man an den Schlichtungsansuchen verwiesen hat, wird nicht bestritten. Die arbeitslosen Rollen können entscheiden, ob ich wieder gefragt habe, wenn ich die arbeiterfeindliche Verhalten der Firma, die von der Zentrale der SPD. hierin gestützt wird, brandmarkte.

Noch ein Nachklang zur Demonstration.

Das Kommando Wedding der Schutzpolizei unterhält als Wohlfahrtsanstalt einen Freireuergeschäftsbetrieb. Da die darin tätigen Schiffs-, im Gegensatz zu Privatbetrieben, weniger auf die sonst üblichen Nebeneinnahmen, wie Trinkgeld, Bedienung- und Verkaufsprocente, zu rechnen haben, müssen sie darauf bedacht sein, daß ihr direktes Lohnverkommen etwas höher ist als sonst. Schon diese Bestrebungen fanden nicht den Beifall des Grafen Bethusy-Huc, der mangelnde Rentabilität vorzuschützte, die sich jedoch aus den niedrigen Preisen ergibt, welche dem Charakter des Betriebes als Wohlfahrtsanstalt angepaßt sind.

Am Demonstrations-Mittwoch verlangten die Schiffsbetriebschiffen um 4 Uhr anstatt um 6 Uhr, wozu Graf Bethusy-Huc bemerkt, dagegen ließe sich ja nichts machen. Der Herr Graf zeigte den Freireuergeschiffen aber, daß er doch etwas dagegen machte. Am anderen Tage erhielten die Schiffen die Kündigung um 14. September, die sich angeblich infolge der Auflösung des Freireuergeschäftsbetriebes wegen Unrentabilität dieser Wohlfahrtsanstalt notwendig machte.

Als die Beamtenschaft davon Kenntnis erhielt, daß der Betrieb aufgelöst werden sollte, wandte sie sich in einer eingehenden Entschuldigend dagegen, bestritt die von Bethusy-Huc behauptete Unrentabilität und erklärte sich schließlich bereit, im Interesse der Erhaltung des Betriebes in eine Erhöhung der Preise einzuwilligen. Daraufhin stellte sich dann heraus, daß der von dem Grafen Bethusy-Huc angegebene Kündigungsgrund durchaus unzutreffend ist, es sich mithin lediglich um eine Maßregelung der Freireuergeschiffen handelt, weil diese sich an der Demonstration zum Schutze der Republik beteiligten, in deren Dienst Graf Bethusy-Huc steht und zu deren Schutze er sich verpflichtet hat. Geht es nach dem Kopfe des Herrn Grafen Bethusy-Huc, welcher sechs Mann am nächsten Mittwoch arbeitslos, weil sie ihrer Staatsbürgerpflicht folgend für die Republik und die gegen sie gerichtete Mordanschuldung mit Hunderttausenden zusammen demonstriert haben.

Wenn der Herr Graf die Republik nicht leiden mag und noch weniger die republikanische Bestimmung, dann kann er dies deutlich zum Ausdruck bringen als durch solche Maßnahmen.

Schiedspruch für die städtischen Werksangehörigen. In der gestrigen Sitzung des Demobilisierungsamts wurde der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 1. April für verbindlich erklärt und dem Magistrat ausgegeben, umgehend einen Tarifvertrag mit den Angestellten abzuschließen. Die Einreichung der Angestellten in die Beförderungsordnung ist damit endgültig als unzulässig erklärt.

Der „Rote Fahne“ und ihren Getreuen entgeht damit wieder ein Streik. Ihre Aufforderung „an die Parteigenossen“, bei der Berichterstattung über die Vorgänge in Betrieben und Gewerkschaften mehr Vorzicht und Gewissenhaftigkeit walten zu lassen, hat sich auch in diesem Falle als notwendig erwiesen und ist im übrigen nur zu begrüßen.

Postbeamte für bezahlten Schutz der Republik. Kürzlich schickten wir das eigenartige Verhalten des Amtleiters im Postsekretariat, als seine Helfer usw. an der Demonstration teilnahmen wollten. Dazu sendet uns der Beamtenausschuß des Postsekretariates, eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß an der Demonstration sich auch Beamte beteiligt haben, und daß der Amtsleiter niemand gehindert habe, daran teilzunehmen. Die Zuschrift meint weiter: „Daß nicht alle Beamte an der Demonstration teilgenommen haben, liegt zum Teil an dem Verhalten der linksstehenden Parteien, die nicht mit der nötigen Schärfe für die Verwirklichung grundsätzlicher Forderungen der Beamtenschaft (Beamtenrätegesetz usw.) eingetreten sind.“

Diese Bemerkung ist eine Unverschämtheit. Die Sozialdemokratie ist für jede berechtigende Forderung auch der Beamten eingetreten und wird dies in Zukunft tun, obwohl es ihr durchaus nicht immer dankt wird. Es muß viel politische Unreife in dem Beamtenausschuß des Postsekretariates vorhanden sein, wenn man den Schutz der Republik davon abhängig macht, daß möglichst alle Wünsche des eigenen Berufes vorher erfüllt sein müssen. Wollen sich die Beamten des Postsekretariates durch die Arbeiter beschämen lassen, die am vergangenen Mittwoch zu Hunderttausenden kamen, obwohl viele ihrer berechtigenden Wünsche bis heute noch nicht verwirklicht werden konnten?

Turmstr. 76 Lachmann & Scholz Ottostraße 1

WARENHAUS

Selten billiges Angebot!

Steingut

Teller tief und flach	1 ³⁵
Obertassen große Form	0,95
Kaffeetöpfe groß	0,95
Bratenplatten zirka 34 cm	4 ³⁵
Saucieren	3 ⁹⁵
Salatieren eckig	6 ⁸⁵ bis 2 ⁹⁵
Salatieren rund	5 ⁴⁵ bis 0,85
Wasserkannen bunt	9 ⁷⁵
Waschschüsseln	9 ⁷⁵ 8 ⁴⁵

Porzellan weiß

Teller tief und flach	3 ⁸⁵
Dessertteller 17 cm	1 ⁸⁵
Tassen mit Untertasse	1 ⁹⁵ 1 ⁴⁵
Kompottschalen	1 ²⁵ 0,95
Zuckerdosen	2 ²⁵ 1 ⁶⁵
Bratenplatten 42-45 cm	16 ⁵⁰
Kaffeekannen groß	12 ⁸⁵
Terrinen oval	27 ⁵⁰
Kartoffelschüssel oval	16 ⁵⁰

Porzellan bunt

Tassen Randdekor	3 ⁴⁵
Tassen Goldrand, groß	3 ⁴⁵
Dessertteller 19 cm, bunt	3 ⁴⁵
Milchtöpfe ca. 1 Liter, bunt	6 ⁸⁵
Kuchenteller bunt	6 ⁸⁵
Butterdose mit Rand, bunt	6 ⁴⁵
Zuckerdosen bunt	3 ⁶⁵
Quirlbretter bunt	3 ⁸⁵
Salatieren bunt	6 ⁴⁵ 4 ⁹⁵

In letzter Stunde!

In den nächsten Tagen stehen in der Schuhwarenbranche große Preissteigerungen bevor. Es bietet sich jetzt noch Gelegenheit, Schuhwaren zu alten Preisen, die wir effektiv noch sehr billig abgeben, kaufen zu können. — Versäumen Sie daher nicht, diese günstige Gelegenheit noch wahrzunehmen.



Wir bieten an:

Herren-Schnürstiefel sehr dauerhaft, starke Sohlen, guter Strapazierstiefel. . . M.	75⁰⁰	Damen-Spangenschuhe gute Qualität, mit hohem Absatz . . . M.	69⁰⁰
Herrenstiefel la R.-Chevr. beste Verarbeitung . . . M.	138⁰⁰	Damen-Schnürhalbschuhe mit und ohne Lackkappe, extra billig . . . M.	82⁰⁰
Herrenstiefel elegante Ausführung, gute "Paßform" . . . M.	148⁰⁰	Damen-Halbschuhe la R.-Chevr., beste Verarbeitung, elegante Form . . . M.	95⁰⁰
Herrenstiefel la Rindbox, vornehmer Straßenstiefel, allerbeste Ausführung . . . M.	156⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel aus best. Rindleder, extra feste Sohle . . . M.	58⁰⁰ 66⁰⁰
Damen-Schnürstiefel verschiedene Ledersorten, schöne Form . . . M.	89⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel braun Naturleder, außergewöhnl. starke Ausführung, dopp. genag., Gr. 31/35 M.	69⁰⁰
Damen-Schnürstiefel extra hoher Schaft, eleg. Form, hoher Absatz, äußerst billig M.	110⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel aus bestem Material, beste Ausführung, schöne breite Form . . . M.	66⁰⁰ 74⁰⁰
Damen-Schnürstiefel mit hohem Schaft, in R.-Box u. w. R.-Chevr., schöne Modelform M.	145⁰⁰		

Große Auswahl in eleganten Herren- und Damenstiefeln, ebenfalls zu billigsten Preisen.

Wer eilt, der gewinnt!

Deutsche Schuh-Centrale
Kottbuser Damm 13, Ecke Schönleinstraße

Achten Sie auf die Nummer 13

Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei
Löffler Rosenthaler Straße 80
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an
Anfertigung in eigener Werkstatt



KORB MÖBEL

für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.

Heinrich Kaese
Korb- und Rohmöbelfabrik
Neukölln, Berliner Str. 89,
Quergeb. part. (Kein Laden.)

Möbel

kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei

Neugebauer

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, 1, E. Schillerstr. Kein Laden

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 z. Tel. 909
Lieferant für höchste Staatsbedürfnisse. Viele Anfertigungen und Danfschreiben. 1308



Korbmöbel

kaufen Sie am weitestgehenden Markt beim
A. Tesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Hannoverscher Neukölln 1759
Ausstellung und Verkauf nur
Neukölln, Ankerstraße 20.

Schlechtsitzende Korsette

werden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet

Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28
Ecke Alte Jakobstraße 124B

Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse

von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

Neuköllner Möbel Vertrieb

Ludwig Rogasner
Näher-Riesenschloß 60, Ecke Ankerbahnstraße
FERNRUUF NEUKÖLLN 9000
Spec. Schlafzimmer
Küchen
Bereiten Sie meine Qualitäten u. Preise

Ihre Damen- und Herrenhüte

reinigt, färbt und preßt um in höchster Vollendung
Stroh- u. Filzhutfabrik Georg Erdmann
Schönhäuser Allee 116, Reinickendorfer Straße 32
Neukölln, Hermannstraße 50 57
Hierfür 3% Ermäßigung

Gardinen! Alte Hüte

Impressen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Sorgfältig u. billige Ausführung.
Herm. Fuchs
Bertin O 112,
Fronthofener Allee 207.

Ruhebetten

200 Mk.
gute Bearbeitung, kein Stapelbett.
Girndt, Neukölln,
Wangenerstraße 2
Tel.: Neukölln 1308

Bettwäsche

Deckbett 62 75, Kissen 16, Damenhemd 24, Handtücher, Männerhemden, Schürzen billig. Insektenschutzmittel, vergütet 6 Proz.
Eckebrecht Hasenheide 93

Gardinen

Billige Angebote
Gardinen u. Bild m. 6.50
Künstlervorhänge 78.—
Divandees . . . 150.—
Bettdecken 2 bettig 78.—
Lichtdecken . . . 45.—
Scheidgardine 6.50
Reine Stoffe
Nur Damierfr. 1
an der Donaustr. (Laden)
Jeder Käufer erhält einen Tischler gratis

Arbeitskleidung Hosen

von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohlen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Borwärtstrebende und Erfinder

Gute Bedienungsanleitung, Ausführung und Bewegung, erfindet, erfindet, erfindet. Ein neues Welt? lasset gratis
F. Erdmann & Co.
Berlin, Röniggraber Str. 71

Sonder-Angebote in Herbst-Neuheiten

Damen-Konfektion	Putz	Kleiderstoffe
Fianell-Bluse offen und geschlossen zu tragen	Hut-Formen Filz-Hüte, weich, in allen Modelfarben	Moderne Streifen für Kleider und Blusen Mtr. 24.50,
Sport-Bluse moderne Fianell-Streifen	Filz-Hut große Form mit Garnitur	Schotten aparte Stellungen Mtr. 29.50,
Woll-Jumper aus einfarbigen Foulrestoffen und Popeline, reich mit farbiger Stickerei garniert. . . 125.—	Hut-Formen Zylinder Filzsch in schwarz und farbig	Gabardine marin, 180 cm breit Mtr.
Woll-Kleid moderne Schotten l. rsm. Streifen 245.—	Garnierte Damen-Hüte aus Filz, Samt, Pant. usw. 69.00, 49.00,	Mantel-Stoffe 180 cm breit in engl. Geschmack Mtr. 79.00,
Herbst-Mantel in hellen und dunklen Fantasiestoffen 298.—	Eleg. garnierte Damen-Hüte Samt und in allen Modestoffen 145.00,	Mantel-Flausch 180 cm breit, einfarbig, in vielen Mode-Farben Mtr.
Flausch-Mantel reinwollene, einfarbige Flauchstoffe 398.—	Elegante Duveline- und Leder-Hüte in allen Modelfarben	Lindener Körper-Velvet 70 cm breit, in vielen Farben Mtr.
Jacken-Kleider marin auf halboffene Serge gefüttert 475.—	Sport- u. Strickjacken in Flauch- und Kammgarn, große Farbenwahl, mod. 245.—	Kinder-Kleider moderne Schotten von 47 ⁰⁰ an

Kaufhaus Wilhelm Joseph Berlin-Schöneberg, Hauptstraße, Ecke Groß-Görschenstr.